

Staatsrat stellt sich hinter Hausärztenotfall Oberwallis

Region Der Staatsrat fordert Anpassungen bei den Sparplänen von Gesundheitsminister Alain Berset. Einrichtungen wie der Hausärztenotfall Oberwallis (Hanow) dürften nicht gefährdet werden.

Gesundheitsminister Alain Berset will im Gesundheitswesen den Rotstift ansetzen. 700 Millionen Franken sollen jährlich mittels verschiedener Massnahmen eingespart werden.

Hanow in Gefahr

Eine dieser Massnahmen gefährdet den Hausärztenotfall Oberwallis im Spital Visp. Nach den Plänen des Gesundheitsministers sollen Notfallstationen in den Spitälern nämlich keine Notfallpauschalen mehr abrechnen dürfen. Diese Pauschalen sollen nur noch den Arztpraxen vorbehalten bleiben. «Dieses Vorhaben stellt eine ernsthafte Gefährdung des Hanow dar», erklärt die Walliser Ärztpräsidentin Monique Lehky Hagen. «Durch die Kürzung der Pauschale würde der Hanow auf einen Schlag einen Drittel seines Umsatzes einbüßen. Ein Weiterbetrieb wäre unter diesen Umständen undenkbar.»

Auch Staatsrat besorgt

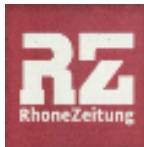
Die Sorge um die Zukunft des

Hanow wird von der Walliser Regierung geteilt. In ihrer Stellungnahme zu Bersets Sparplänen hält die Regierung fest, dass die städtischen und ländlichen Regionen gleich behandelt werden müssten. Die angesprochene Ungleichheit resultiert darauf, dass es in ländlichen Regionen wie dem Wallis zunehmend schwieriger wird, hausärztliche Notfalldienste über die Arztpraxen zu organisieren. Deshalb wurden Strukturen wie der Hanow geschaffen, um die Belastung für Ärzte zu reduzieren. «Solche Notfalleinrichtungen garantieren in Regionen wie dem Wallis die flächendeckende Gesundheitsversorgung», schreibt der Staatsrat. Die Notfallstationen der Spitäler würden zwar den gleichen Auftrag erfüllen, die Kosten seien deutlich höher. «Deshalb ist es wichtig, dass die Finanzierung von Einrichtungen wie dem Hanow in die Überlegungen zur Anpassung der Tarifstruktur miteinfließen», so die Walliser Regierung weiter. Der Hanow sei eine vom Kanton Wal-

lis anerkannte Einrichtung, weshalb der Staatsrat fordere, «dass der Hanow weiterhin Notfallpauschalen abrechnen kann.» Dies garantiere, dass Ärztinnen und Ärzte, die sich für die Gewährleistung eines hausärztlichen Notfalls organisieren würden, gegenüber ihren freischaffenden Kollegen nicht benachteiligt würden, so der Staatsrat abschliessend.

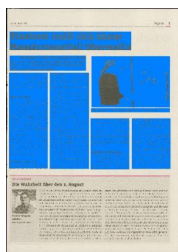
«Gipfel der Verfehlungen»

Die Walliser Ärztesgesellschaft begrüsst diese Haltung des Staatsrats zum Hanow. «Es darf nicht sein, dass aufgrund der Streichung der Notfallpauschalen das Überleben einer so wichtigen und allseits geschätzten Notfallstruktur, die aus der produktiven überregionalen Zusammenarbeit aller involvierten Parteien entstanden ist, infrage gestellt wird», sagt Ärztpräsidentin Lehky Hagen. Wirtschaftlich nicht tragbare Tarifaufgaben dürften nicht der Grund dafür sein, dass am Ende die öffentliche Hand für den Hanow zahlen müsse beziehungsweise dass die Einrichtung geschlossen werden. «Das wäre der Gipfel politischer und verhandlungstechnischer Verfehlungen», so die Ärztpräsidentin. ■ **Martin Meul**



Rhone Zeitung
3930 Visp
027/ 948 30 10
www.rz-online.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 39'852
Parution: hebdomadaire



Page: 3
Surface: 40'680 mm²



CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Ordre: 1095432 Référence: 66170242
N° de thème: 862.035 Coupure Page: 2/2



Staatsrat fordert - Finanzierung des Hanow muss gesichert bleiben.

Foto zvg